V-33-091: Antisemitismus in der Gesellschaft entgegentreten, jüdisches Leben ernstnehmen - Für wirklich Inklusive Hochschulen!

Antragsteller*innen Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 91 bis 100 löschen:

- ~~Der Senat wird aufgefordert, in seiner politischen Ausgestaltung dafür Sorge zu tragen, dass ein Ausspielen von Minderheitengruppen gegeneinander nicht salonfähig wird. Dafür bedarf es ein Anerkennen von Antisemitismus aus allen Lebensbereichen: Egal welche politische Ausrichtung ein Mensch in Berlin hat Antisemitismus ist eine tatsächliche Gefahr die aus allen politischen Denkrichtungen, aus allen Weltanschauungen von Menschen ausgeht. Antisemitismus ist leider eben nicht bloß ein Problem des rechten Spektrums. Deshalb wird der Senat aufgefordert, die Finanzierung und Umsetzung von Forschungsprojekten zur Ermittlung, belastbarer, valider Empirie, wie Statistiken, zu antisemitischen Tendenzen der Gesellschaft zu erheben. Ein faktenbasierter Diskurs muss gefördert werden.~~

Begründung

1. Möchte man ein Ausspielen von Minderheitengruppen gegeinander verhindern, ist es nicht förderlich, sich auf eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu fokussieren
2. Es gibt bundesweit zahlreiche Hochschulen und Institute, die zu unterschiedlichsten Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und natürlich auch zu Antisemitismus forschen. Es ist nicht klar, wieso der Senat weitere Forschungsprojekte dazu fördern soll und was diese anders machen sollen, als die bisherige Forschung in dem Bereich.

Unterstützer*innen

Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte), Tobias Gürster (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)